Bayerischer Landtag

2. Legislaturperiode
Tagung 1951/52

Beilage 1517

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 21. September 1951

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Betreff:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über die Besoldung und Versorgung der Volksschullehrer (Oberlehrergesetz).

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 18. September 1951 übermittle ich in der Anlage den obenbezeichneten Gesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung mit der Bitte um weitere verfassungsmäßige Behandlung.

(gez.) Dr. Hans Ehard,
Bayerischer Ministerpräsident

*

Entwurf eines Gesetzes

zur Änderung von Vorschriften über die Besoldung
und Versorgung der Volksschullehrer
(Oberlehrergesetz)

§ 1

(1) Die Besoldungsordnung für die planmäßigen Beamten der bayer. Staatsverwaltung — Anlage 1 zum Besoldungsangleichungsgesetz vom 27. März 1939 (GVBl. S. 59) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Oktober 1944 (GVBl. S. 133) — wird wie folgt geändert:

In der Besoldungsgruppe A 4 b 1 wird nach dem Vortrag „Oberinspektoren“ eingesetzt „Oberlehrer als Klassenlehrer an Volks- und Hilfsschulen“.

(2) Freiwerdende Planstellen für Konrektoren an Volksschulen mit mindestens 14 Schulstellen dürfen nicht wieder besetzt werden.

§ 2

Die noch im aktiven Dienst stehenden Volksschullehrer, die vor dem 1. April 1940 zu Oberlehrern ernannt worden waren, werden mit Wirkung vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes als Oberlehrer in die Besoldungsgruppe A 4 b 1 übergeleitet, soweit sie nicht inzwischen die Besoldungsgruppe A 4 b 1 oder eine höhere Besoldungsgruppe erreicht haben.

§ 3

Das Wartegeld und das Ruhegehalt der ehem. bayerischen Oberlehrer (Besoldungsgruppe 4 a der Bayerischen Besoldungsordnung A, Anlage 1 des Beamtenbesoldungsgesetzes vom 20. April 1928 — GVBl. S. 205 —) sowie die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen werden vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an nach den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen berechnet, die den Beamten am 31. März 1940 zustanden, sofern die Beamten nicht nachträglich höhere ruhegehaltfähige Dienstbezüge verdient haben.

§ 4

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus erläßt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 5

Das Gesetz tritt am in Kraft.

*

Begründung

A. Die geschichtliche Entwicklung der „Oberlehrerfrage“

Das Bayerische Beamtenbesoldungsgesetz vom 20. April 1928 (GVBl. S. 205) hatte die Volksschullehrer ab 1. Oktober 1927 wie folgt in die Besoldungsordnung A — Aufsteigende Gehälter — eingereiht:

- a) Oberlehrer in Besoldungsgruppe A 4 a
(Grundgehalt 4100—5800 RM jährlich).
In den Anmerkungen zu dieser Besoldungsgruppe war bestimmt:
2.
3. Oberlehrer als Leiter von Volksschulen mit 13 und mehr Schulklassen oder als Leiter von Hilfsschulen mit 3 und mehr Klassen erhalten auf die Dauer dieser Dienstesaufgabe eine widerrufliche nichtruhegehaltfähige Zulage von 400 RM jährlich.

- b) Lehrer und Hauptlehrer in Besoldungsgruppe A 4 b
(Grundgehalt 2800—5000 RM jährlich).

In den Anmerkungen zu dieser Besoldungsgruppe war bestimmt:

4.
5. Lehrer und Hauptlehrer als Leiter von Volksschulen mit 13 und mehr Schulklassen erhalten, auf die Dauer dieser Dienstesaufgabe eine widerrufliche nichtruhegehaltfähige Zulage von 400 RM jährlich.
6. Bei der erstmaligen Ernennung zum ständigen Lehrer an einer Hilfsschule wird das Besoldungsdienstalter um 4 Jahre verbessert.

Nachdem § 5 Abs. 1 des Reichsgesetzes über die Vereinheitlichung im Behördenaufbau vom 5. Juli 1939 (RGBl. I S. 1197) die beamteten Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer) zu „unmittelbaren Reichsbeamten“ erklärt hatte, unterstellte Artikel II § 2 des Reichsgesetzes vom 29. Januar 1940 (RGBl. S. 503) über die Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des Besoldungsrechts (35. Ergänzung des Besoldungsgesetzes) die Volksschullehrer ab 1. April 1940 dem Reichsbesoldungsrecht.

Die Volksschullehrer (Sammelbezeichnung für Lehrer, Konrektoren, Hilfsschullehrer, Hauptlehrer und Direktoren) wurden danach ab 1. April 1940 wie folgt in die Reichsbesoldungsordnung eingereiht:

- a) Leiter von Volksschulen (Hilfsschulen) mit mindestens 14 Schulstellen
als Direktoren in die Besoldungsgruppe A 4 b 1
(Grundgehalt 4100—5800 RM)
unter Gewährung einer ruhegehaltfähigen und unwiderruflichen Stellenzulage von 200 RM,
- b) Leiter von Volksschulen mit mindestens 7 Schulstellen,
- c) Leiter von Hilfsschulen mit mindestens 5 Schulstellen
als Direktoren in die Besoldungsgruppe A 4 b 1
(Grundgehalt 4100—5800 RM),
- d) Leiter von Volksschulen mit 3 bis 6 Schulstellen,
- e) Leiter von Hilfsschulen mit 3 und 4 Schulstellen
als Hauptlehrer in die Besoldungsgruppe A 4 b 2
(Grundgehalt 3000—5500 RM),
- f) an den Volksschulen (nicht Hilfsschulen) mit mindestens 14 Schulstellen mit der ständigen Vertretung des Schulleiters ausdrücklich beauftragte Volksschullehrer
als Konrektoren in die Besoldungsgruppe A 4 c 1
(Grundgehalt 2800—5300 RM),
- g) Alleinstehende Lehrer und Erste Lehrer an Volksschulen (nicht Hilfsschulen) mit 2 Schulstellen

als Lehrer in die Besoldungsgruppe A 4 c 2
(Grundgehalt 2800—5000 RM)

gegebenenfalls unter Gewährung einer Stellenzulage gemäß Anmerkung 9 der Besoldungsgruppe A 4 c 2,

- h) Lehrer, die an die den Volksschulen angegliederten Hilfsschulklassen zur dauernden und vollen Beschäftigung überwiesen oder an Hilfsschulen angestellt sind,
als Lehrer in die Besoldungsgruppe A 4 c 2
(Grundgehalt 2800—5500 RM)
unter Gewährung einer ruhegehaltfähigen und unwiderruflichen Stellenzulage von 300 RM,
- i) alle übrigen planmäßigen Volksschullehrer
als Lehrer in die Besoldungsgruppe A 4 c 2
(Grundgehalt 2800—5000 RM).

Die Einzelheiten der Überleitung regelte die Volksschullehrerbesoldungsordnung (VBV) vom 29. September 1940 (RGBl. I S. 1313).

Durch Erlaß des Reichsfinanzministers vom 24. März 1942 A 4022 LBA/3575 IV (RBB. S. 63) wurde die Besoldung der Volksschullehrkräfte mit Wirkung vom 1. April 1942 wie folgt verbessert:

Die Direktoren erhielten die Stellenzulagen von 200 RM bereits als Leiter von Volksschulen mit mindestens 7 Schulstellen oder als Leiter von Hilfsschulen mit mindestens 5 Schulstellen, die Hauptlehrer als Leiter von Volksschulen mit 3 bis 6 Schulstellen oder als Leiter von Hilfsschulen mit 3 und 4 Schulstellen wurden von der Besoldungsgruppe A 4 b 2 in die Besoldungsgruppe A 4 b 1 übergeleitet und die Hilfsschullehrer wurden aus der Besoldungsgruppe A 4 c 2 (mit einer ruhegehaltfähigen und unwiderruflichen Stellenzulage von 300 RM) in die Besoldungsgruppe A 4 b 2 überführt.

Hiernach gehören zur Zeit die Volksschullehrer in nachstehende Gruppen der Reichsbesoldungsordnung A (Anlage 1 zu dem Reichsbesoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 — RGBl. I S. 349 — i. d. F. der Anlage 1 des Gesetzes zur Ergänzung des Reichsbesoldungsrechts und des Reisekostenrechts vom 30. März 1943 — RGBl. I S. 189 —).

- a) Direktoren als Leiter von Volksschulen mit mindestens 7 Schulstellen
Besoldungsgruppe A 4 b 1 (4100—5800 RM).
Gemäß Anmerkung 7 erhalten die Direktoren eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Stellenzulage von 200 DM.
- b) Direktoren als Leiter von Hilfsschulen mit mindestens 5 Schulstellen
Besoldungsgruppe A 4 b 1 (4100—5800 DM).
Gemäß Anmerkung 7 erhalten die Direktoren eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Stellenzulage von 200 DM.
- c) Hauptlehrer als Leiter von Volksschulen mit 3 bis 6 Schulstellen
Besoldungsgruppe A 4 b 1 (4100—5800 DM).
- d) Hauptlehrer als Leiter von Hilfsschulen mit 3 und 4 Schulstellen
Besoldungsgruppe A 4 b 1 (4100—5800 DM).
- e) Hilfsschullehrer
Besoldungsgruppe A 4 b 2 (3000—5500 DM)
- f) Konrektoren an Volksschulen mit mindestens 14 Schulstellen
Besoldungsgruppe A 4 c 1 (2800—5300 DM).

g) Lehrer an den Volksschulen, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 4 b 2

Besoldungsgruppe A 4 c 2 (2300—5000 DM).

Gemäß Anmerkung 9 erhalten Alleinstehende Lehrer und die Ersten Lehrer an Volksschulen mit 2 Schulstellen nach einer 5jährigen Dienstzeit als solche eine widerrufliche und nichtruhegehaltfähige Stellenzulage von 200 DM, nach einer 10jährigen Dienstzeit als solche eine widerrufliche und nichtruhegehaltfähige Stellenzulage von 300 DM, nach einer 15jährigen Dienstzeit als solche eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Stellenzulage von 300 DM.

B. Die Auswirkungen der Reichsbesoldungsregelung

Bayern kannte nur Beförderungen nach Maßgabe der dienstlichen Bewährung in der Berufsarbeit als Erzieher ohne Rücksicht darauf, ob der Lehrer Schulleiter war. Schulleiter großer Schulen erhielten auf die Dauer dieser Dienstesaufgabe eine widerrufliche nichtruhegehaltfähige Zulage. Dagegen gilt im Reichsbesoldungsrecht für Beförderungen das sogenannte Dienstpostenbewertungssystem, d. h. das Aufsteigen in eine höhere Besoldungsgruppe bzw. die Gewährung einer Zulage ist von der Verleihung eines höher zu bewertenden Dienstpostens (Schulleiter, stellvertretender Schulleiter usw.) abhängig. Die bayerischen Beförderungsgrundsätze eröffneten dem Lehrer — insbesondere auch dem Landlehrer — bei guten Dienstleistungen ohne Wechsel seiner Dienststelle den Aufstieg in eine Beförderungsgruppe mit dem Endgrundgehalt 5800 RM und wirkten damit der ungesunden Abwanderung von dem Lande in die Stadt entgegen. Das Reichsbesoldungsrecht jedoch stellte die Beförderung auf eine höhere „Amtsstelle“ ab.

In Bayern waren seinerzeit rund $\frac{1}{6}$ aller Volksschullehrerstellen Oberlehrerstellen. Bei der Überleitung in das Reichsbesoldungsrecht waren nach der Schulstellengliederung in Bayern nicht genügend Schulleiterstellen an größeren Schulen vorhanden, um allen Oberlehrern, die bereits das Endgrundgehalt von 5800 RM hatten, entsprechende (reichsrechtliche) Beförderungstellen zu übertragen. Von insgesamt 2754 Oberlehrern, von denen nur 11 noch nicht das Endgrundgehalt erreicht hatten, wurden am 1. April 1940 übergeleitet in die Besoldungsgruppen

A 4 b 1 (mit und ohne Zulagen)	449
A 4 b 2	298
A 4 c 1	67
A 4 c 2 (mit 200 oder 300 RM Zulage)	433
A 4 c 2 (mit 300 RM Zulage als Hilfsschullehrer)	49
A 4 c 2 (ohne Zulage)	1458
Gesamtsumme:	2754

Die geringe Zahl der damaligen Oberlehrer, die noch nicht im Endgrundgehalt waren (11!) erklärt sich daraus, daß in der Regel nur solche Lehrkräfte zu Oberlehrern ernannt wurden, die bereits das Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 4 b der Bayerischen Besoldungsordnung (5000 RM) erreicht hatten. Bei der Beförderung zu Oberlehrern durfte das Besoldungsdienstalter nach Artikel 11 Abs. III Satz 1 des Bayerischen Beamtenbesoldungsgesetzes vom 20. April 1928 (GVBl. S. 205) höchstens um acht Jahre gekürzt werden, so daß sie gleichzeitig in die Endstufe der Beförderungsgruppe A 4 a (5800 RM) einrückten.

Die nicht in die Gruppe A 4 b 1 überführten Oberlehrer konnten zum Teil im Laufe der Zeit in höhere Besoldungsgruppen aufsteigen.

Nach Art. II § 6 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 29. Januar 1940 (RGBl. I S. 505) hatten die bei der Überleitung benachteiligten bayerischen Oberlehrer im Endgrundgehalt eine persönliche ruhegehaltfähige Ausgleichs-

zulage in Höhe von 800 RM erwartet. Das Reich stellte sich jedoch gemäß § 6 Abs. 6 a.a.O. in Verbindung mit Art. VIII des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (RGBl. I S. 435) auf den Standpunkt, daß die Einstufung der bayerischen Oberlehrer als Klassenlehrer „überhöht“ sei, insoweit sie das Endgrundgehalt von 5000 RM überstieg, daß also eine Ausgleichszulage grundsätzlich überhaupt nicht zu gewähren sei. Mehrfache Vorstellungen Bayerns gegen diese Auffassung des Reiches hatten schließlich nur den Erfolg, daß das Reich den bei der Überleitung unmittelbar benachteiligten Oberlehrern mit höherem Endgrundgehalt, die nicht in eine Besoldungsgruppe mit gleich hohem Endgrundgehalt übergeleitet werden konnten, eine persönliche und ruhegehaltfähige Ausgleichszulage bis zum Höchstbetrage von 500 RM zunächst befristet, dann für dauernd gewährte (Reichs-Fin.Min.Erl. vom 9. März 1942 — A 4022 — 1599 IB).

Auch hinsichtlich der Ruhegehälter für die bis einschließlich 31. März 1940 in den Ruhestand getretenen Oberlehrer ebenso wie für die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen vertrat das Reich die Auffassung, daß diese gemäß Art. II § 9 der 35. Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 29. Januar 1940 (RGBl. I S. 503) nach Art. VIII des Beamtenrechtsänderungsgesetzes vom 30. Juni 1933 (RGBl. I S. 435) angeglichen, d. h. als „überhöht“ herabgesetzt werden müßten. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit im einzelnen Falle festzustellen, ob und inwieweit diese Bezüge nach Reichsgrundsätzen tatsächlich „überhöht“ waren, erklärte sich das Reichsfinanzministerium durch Erlaß vom 26. Juni 1942 — A 4022 — VL — 2505 IV — „für die Dauer des Krieges“ damit einverstanden, daß von der Durchführung der Angleichung abgesehen wurde. Danach sind also die fraglichen Ruhegehälter- und Hinterbliebenenbezüge in der früheren Höhe weitergezahlt worden. Dagegen erhalten die nach Ablauf des 31. März 1940 in den Ruhestand getretenen Oberlehrer, die bereits ein höheres Grundgehalt als 5000 RM verdient hatten, ebenso wie ihre Hinterbliebenen Versorgungsbezüge aus dem Endgrundgehalt der Gruppe A 4 c 2 (5000 DM) und eine Ausgleichszulage bis zum Betrage des tatsächlich verdienten höheren Grundgehalts, höchstens jedoch von 500 DM.

Nach dem Stand vom Dezember 1949 ergibt sich nachstehende

Übersicht der Besoldungs- und Versorgungsverhältnisse der ehemaligen bayerischen Oberlehrer und ihrer Hinterbliebenen

1.	2.	3.
Ehem. bayer. Oberlehrer, die noch im Dienst stehen, nach Bes.-Gr. A 4 c 2 besoldet werden und eine persönliche ruhegehaltfähige Zulage bis zum Höchstbetrage von 500 DM erhalten,	Ehem. bayer. Oberlehrer, die nach dem 1. April 1940 in den Ruhestand getreten sind, aus der Bes.-Gr. A 4 c 2 (und einer persönlichen ruhegehaltfähigen Zulage v. 500 DM) Ruhegehalt beziehen,	Witwen von ehem. bayer. Oberlehrern, die nach dem 1. April 1940 in den Ruhestand getreten sind, aus der Bes.-Gr. A 4 c 2 (und einer persönlichen ruhegehaltfähigen Zulage v. 500 DM) Witwenbezüge erhalten,
295	786	240

Die jährliche Einbuße gegenüber der Bayerischen Besoldungsordnung beträgt in der Regel, d. h. wenn bei der Besoldungsangleichung bereits das Endgrundgehalt erreicht war,

bei der Gruppe 1	— 500.— DM,
bei der Gruppe 2	— 225.— DM (— 75% v. 500 DM),
bei der Gruppe 3	— 155.— DM (— 60% v. 225 DM).

C. Reformbestrebungen

Durch die Beschlüsse des Bayer. Landtags vom 30. Juli 1948 (vgl. Beilage 919) und vom 24. März 1950 (vgl. Beilagen 2894, 2915) wurde die Staatsregierung beauftragt, dem Bayer. Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem in Anlehnung an die früheren Bestimmungen allen Volksschullehrern der Aufstieg in höhere Besoldungsgruppen ermöglicht wird. Nach einem gleichartigen Beschluß des Bayer. Senats vom 28. April 1950 (vgl. Anlage 55) soll ferner „den bereits im Ruhestand befindlichen Oberlehrern und ihren Hinterbliebenen Ruhegehalt und Hinterbliebenenpension wieder nach Besoldungsgruppe A 4 b 1 berechnet und zugeteilt werden.“

Neuerdings hat der Bayer. Landtag in seiner Sitzung am 27. April 1951 folgenden Beschluß gefaßt:

„Das den Lehrern an den bayerischen Volksschulen durch Gesetz vom 29. Januar 1940 zugefügte Unrecht ist in der Weise zu beseitigen, daß die vorhandenen Oberlehrer (Oberlehrerinnen) einschließlich der Pensionisten und deren Hinterbliebenen ab 1. April 1951 wieder Bezüge der Besoldungsgruppe A 4 b 1 erhalten. Desgleichen ist mindestens $\frac{1}{6}$ aller Volksschullehrer (-lehrerinnen) in ihre Eigenschaft als Klassenlehrer (-lehrerinnen) zu Oberlehrern (-lehrerinnen) der Besoldungsgruppe A 4 b 1 wieder zu befördern.“

Zum Zwecke der Durchführung dieser Regelung wird die allgemeine Beförderungssperre vom 62. Lebensjahr aufgehoben.“ (Stenographischer Bericht, 22. Sitzung, Seite 608). Durch Beschluß des Bayer. Landtags vom 22. Juni ds. Jhrs. ist die Staatsregierung beauftragt worden, den Entwurf des „Oberlehrergesetzes“ bis zum August ds. Jhrs. vorzulegen.

Der Bayer. Lehrerverein, der seit dem Jahre 1945 zunächst eine allgemeine Neuordnung der Lehrerbesoldung angestrebt hatte (z. B. Eingabe vom 12. Januar 1948), hat schließlich in Anbetracht der angespannten Staatsfinanzen gebeten, wenigstens die Oberlehrerfrage zu bereinigen, und zwar hinsichtlich der Wiedererrichtung von Oberlehrerstellen im Verlaufe mehrerer Jahre (Eingaben des Bayer. Lehrervereins vom 10. Mai 1948 und 11. Dezember 1949, des Bezirkslehrervereins Nürnberg-Stadt vom 30. November 1949).

Der vorliegende Gesetzentwurf will unter Berücksichtigung der Anträge des Bayer. Lehrervereins den vorerwähnten Beschlüssen des Bayer. Landtags und des Bayer. Senats Rechnung tragen.

D. Erläuterung zum Gesetzentwurf

I. Im Allgemeinen

1. Zuständigkeit

Es erhebt sich zunächst die Frage, ob die Reichsbesoldungsregelung des Jahres 1940, die wie erwähnt die Beförderungsstufe des Oberlehrers als Klassenlehrer beseitigte und Beförderungen für die Volksschullehrer nur auf Stellen mit höherem Amtsinhalt (Schulleiter) vorsieht, jetzt noch als Bundesrecht fortgilt und ob hiernach der Landesgesetzgeber die Möglichkeit hat, den „Oberlehrer als Klassenlehrer“ wiederherzustellen.

Nach Art. 125 des Bonner Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 (BGBl. I S. 1) wird „Recht, das Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes betrifft, innerhalb seines Geltungsbereiches, Bundesrecht,“

1. soweit es innerhalb einer oder mehrerer Besatzungszonen einheitlich gilt,
2. soweit es sich um Recht handelt, durch das nach dem 8. Mai 1945 früheres Reichsrecht abgeändert worden ist“.

Nun enthält aber der Zuständigkeitskatalog der konkurrierenden Gesetzgebung in Art. 74 nichts über die Besoldung der Beamten. Vielmehr bestimmt nur Art. 75, daß „der Bund das Recht hat, unter den Voraussetzungen des Art. 72 Rahmenvorschriften zu erlassen“ u. a. „über die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienst der Länder stehenden Personen“.

Ob Art. 125, der ausdrücklich auf die „konkurrierende Gesetzgebung“ verweist, auch die Rahmengesetzgebung des Art. 75 mit umfaßt, wird von dem Bayer. Verfassungsgerichtshof in seinen Entscheidungen vom 21. November 1949 — Vf 20/VII/49 (GVBl. 1950 S. 22) und vom 14. April 1951 — Vf 127 — V — 50 (GVBl. 1951 S. 82) verneint.

Bayern muß nach der grundlegenden Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen dem Bund und den Ländern in der Lage sein, für eine Gruppe seiner Landesbeamten eine Beförderungsstufe wiederherzustellen, die sich bis zum Jahre 1940 langjährig bewährt hatte und auch jetzt aus dringenden beamtenpolitischen, erziehungspolitischen und allgemein soziologischen Gesichtspunkten für notwendig gehalten wird.

Zwischen dem Bundesminister der Finanzen und den Finanzministern der Länder besteht eine Vereinbarung, daß bis auf weiteres von allen Änderungen des Besoldungs- und Versorgungsrechts usw. Abstand genommen wird, bzw. daß vor etwaigen unvermeidlichen Abänderungen des bestehenden Rechtszustandes dem Bund und den Ländern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird (Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 1. März 1950 I P 1502/1/50 und Schreiben der Bayer. Staatskanzlei vom 13. April 1950 Nr. 7080). Das Bayer. Staatsministerium der Finanzen hat daher dem Bundesminister der Finanzen und den übrigen Länderfinanzministern durch Schreiben vom 7. Februar ds. Jhrs. Nr. III 123 985 I — XIII — 825 den wesentlichen Inhalt des Gesetzentwurfes mitgeteilt und sie um beschleunigte Mitteilung gebeten, ob hiergegen vom Standpunkt der Wahrung der Einheitlichkeit der Besoldung aus Einwendungen erhoben werden. Ferner hat das Staatsministerium für Unterricht und Kultus das Bundesfinanzministerium wiederholt gebeten, von Einwendungen gegen die Wiederherstellung des „Oberlehrers“, dieser bewährten bayerischen Einrichtung, abzusehen. Dabei ist auf die mehrfachen Beschlüsse des Landtags hingewiesen worden.

Auf die im Abdruck beiliegende Antwort des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium vom 1. August ds. Jhrs. — I P 1502 — 63/51 — II. Ang. darf Bezug genommen werden.

2. Die Notwendigkeit der Oberlehrerstellen

Der jetzige Rechtszustand, wonach nur die Verwaltungstätigkeit des Schulleiters ihre Anerkennung findet, ist unbefriedigend. Das Beförderungssystem nach der Dienstpostenbewertung bedarf einer Ergänzung. Die wertvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit des Klassenlehrers, der sich hierbei über den Durchschnitt heraushebt, soll durch die Errichtung der Oberlehrerstellen ausgezeichnet werden, ohne daß er eine zusätzliche Verwaltungsarbeit übernehmen oder den Dienstort wechseln muß. Die soziale Besserstellung des bodenständigen Lehrers, vor allem auch auf dem Lande, soll zu einer Hebung des unterrichtlichen und erzieherischen Leistungsstandes unserer Volksschulen beitragen.

II. Im Einzelnen

1. Zu § 1

Die Einfügung der Beförderungsstufe des „Oberlehrers als Klassenlehrer an Volks- und Hilfsschulen“ in die Besoldungsgruppe A 4 b 1 der Bayer. Besoldungsordnung schafft die Voraussetzung dafür, daß künftig Lehrkräfte an Volksschulen, auch ohne auf einen bestimmt

bezeichneten höheren Dienstposten berufen zu werden, d.h. als Klassenlehrer zu Oberlehrern befördert werden können. Das gleiche gilt für die Alleinstehenden und Ersten Lehrer an Volksschulen mit 2 Schulstellen, die bisher nach Anmerkung 9 zur Besoldungsgruppe A 4 c 2 Stellenzulagen von 200 bzw. 300 DM erhalten.

Die übrigen Volksschullehrer bleiben hiernach zunächst weiterhin in der Reichsbesoldungsordnung, wie dies auch bei anderen Gruppen von Landesbeamten noch der Fall ist. Ihre Überführung in die Bayer. Besoldungsordnung ist im Zuge einer allgemeinen Bereinigung der Bayerischen Besoldungsordnung für andere Gruppen von Landesbeamten (insbesondere Justiz- und Steuerbeamten) beabsichtigt.

Die Bestimmung, daß freiwerdende Planstellen für Konrektoren an Volksschulen mit mindestens 14 Schulstellen nicht mehr wieder besetzt werden dürfen, ist erforderlich, da Konrektoren künftig nicht mehr ernannt werden sollen. Es ist anzunehmen, daß auf Grund der gesetzlichen Neuregelung der Lehrerbesoldung an Schulen dieser Größe regelmäßig ein oder mehrere Lehrer als Klassenlehrer zu Oberlehrern ernannt sein werden. Sie befinden sich dann in der Besoldungsgruppe A 4 b 1, während der Konrektor nur in die Besoldungsgruppe A 4 c 1 eingestuft ist. Mit der Wiederherstellung der Beförderungsstufe des Oberlehrers als Klassenlehrer entfällt das Bedürfnis für die Beförderungsstufe des Konrektors. Die Funktionen des stellvertretenden Schulleiters könnte in Zukunft einer der Oberlehrer übernehmen.

In welchem Ausmaß Volksschullehrer, die nicht schon bis zum 31. März 1940 zu Oberlehrern ernannt worden waren, künftig zu Oberlehrern befördert werden können, bestimmt sich nach der Zahl der im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Planstellen. Insoweit geht der Gesetzentwurf von folgenden Gedankengängen aus:

Es wird angestrebt, unter Beibehaltung der jetzigen Stellenzulagen für Alleinstehende und Erste Lehrer an Schulen mit 2 Schulstellen die jetzigen Beförderungsstellen der Direktoren und der bisherigen Hauptlehrer (unter Verzicht auf die Stellen der künftig wegfallenden Konrektoren) um so viele Oberlehrerstellen zu vermehren, daß die bisherigen Hauptlehrer-, Direktoren- und Oberlehrerstellen (ohne die Stellen der Alleinstehenden und Ersten Lehrer) insgesamt — wie vor der Reichsbesoldungsangleichung in Bayern die Oberlehrerstellen allein — $\frac{1}{6}$ des ganzen Stellenhaushaltes der Volksschulen ergeben. Die Einrichtung der Stellenzulagen für Alleinstehende und Erste Lehrer, die sich bewährt hat und die ebenso wie die Oberlehrerstellen der Flucht vom Lande in die Stadt entgegenwirkt, als solche soll beibehalten werden. Das zahlenmäßige Ausmaß dieser Stellenzulagen wird jedoch herabgesetzt werden können, weil ein Teil der Stelleninhaber (als Klassenlehrer) zu Oberlehrern befördert werden kann, wobei die Stellenzulage entfällt.

Hiernach ergibt sich nachstehende Berechnung:

Im Entwurf des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1951 (Der Vorgriff auf die bei Epl. V, Kap. 456, Tit. 100, 102 und 103 ausgewiesenen Stellenmehrungen und Umwandlungen wurde mit Beschluß des Landtags vom 22. Juni 1951 genehmigt) sind ausgewiesen:

22 901	Planstellen für planmäßige Lehrer,
2 040	Stellen für aplm. Lehrer,
—	Stellen für Lehrer a. DV
<hr/>	
24 941	insgesamt Planstellen und Stellen für weltliche Lehrkräfte
1 240	Stellen für klösterliche Lehrkräfte an öffentlichen Volksschulen
<hr/>	
26 181	insgesamt Planstellen und Stellen für Volksschullehrkräfte.

Danach wären also insgesamt 4363 Beförderungsstellen der Besoldungsgruppe A 4 b 1 erforderlich, von denen auf klösterliche Lehrkräfte 207 entfielen. Im Entwurf des Haushaltes 1951 des Staatsministeriums für Unterricht und Kultes sind bei Einzelplan V, Kap. 456, Tit. 100 bereits 3100 Beförderungsstellen der Besoldungsgruppe A 4 b 1 vorgesehen, so daß die Neuschaffung von 1056 Oberlehrerstellen für weltliche Lehrkräfte und von 207 Oberlehrerstellen für klösterliche Lehrkräfte, die die Anfangsbezüge der weltlichen Lehrkräfte erhalten, notwendig ist. Entsprechend den Anträgen des Bayerischen Lehrervereins soll sich die Einrichtung dieser weiteren Beförderungsstellen über einen Zeitraum von 3 Jahren erstrecken.

Diese Maßnahme ergibt nachstehende Mehraufwendungen:

Im 1. Jahr

333 Oberlehrerstellen à 800 DM (Unterschied zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 4 c 2 und A 4 b 1)	266 400 DM
---	------------

69 Oberlehrerstellen für klösterliche Lehrkräfte à 1300 DM (Unterschied zwischen dem Anfangsgrundgehalt der Besoldungsgruppen A 4 c 2 und A 4 b 1)	89 700 DM
	<hr/>
	356 100 DM

Im 2. Jahr

666 Oberlehrerstellen à 800 DM	532 800 DM
138 Oberlehrerstellen für klösterliche Lehrkräfte à 1300 DM	179 400 DM
	<hr/>
	712 200 DM

Im 3. Jahr

1056 Oberlehrerstellen à 800 DM	844 800 DM
207 Oberlehrerstellen für klösterliche Lehrkräfte à 1300 DM	269 100 DM
	<hr/>
	1 113 900 DM.

Anmerkungen:

Hierzu sind noch die Teuerungszuschläge zu rechnen. Der oben errechnete Betrag stellt den maximalen tatsächlichen Mehraufwand dar. Im Hinblick darauf, daß die Lehrerstellen im Haushalt mit 4600 DM veranschlagt sind, müssen für jede Oberlehrerstelle 1200 DM + Teuerungszulage mehr veranschlagt werden. Die veranschlagten Mehrausgaben dürften nicht in der ausgewiesenen Höhe entstehen, da zunächst die rund 295 Oberlehrer in ihre frühere Besoldungsgruppe zurückgeführt werden sollen, die bereits Oberlehrer waren und infolgedessen eine Ausgleichszulage von 500 DM erhalten. Weiter sollen die Konrektorstellen (Endgrundgehalt 5300 DM) künftig wegfallen, so daß sich bei etwaiger Beförderung von Konrektoren zu Oberlehrern nur ein Mehraufwand von 500 DM (nicht wie ausgewiesen 800 DM) je Stelle ergibt.

2. Zu § 2

Wie schon vorstehend erwähnt, werden zunächst die rund 295 noch im aktiven Dienst stehenden Volksschullehrer, die vor dem 1. April 1940 zu Oberlehrern ernannt worden waren, in die Besoldungsgruppe A 4 b 1 übergeleitet. Mit Wirkung vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes erhalten sie hiernach wieder ihre früheren Bezüge.

3. Zu § 3

Der Gesetzentwurf will einen Härteausgleich für die Gruppe von Oberlehrern herbeiführen, die im Zeitpunkt der Einführung der Reichsbesoldungsordnung bereits die letzte Dienstaltersstufe der Besoldungsgruppe A 4 a der Bayer. Besoldungsordnung (Grundgehalt 5800 RM) er-

reicht hatten und Ruhegehalt oder Wartestandsbezüge nur aus dem Grundgehalt von 5000 DM und aus der persönlichen ruhegehaltfähigen Zulage von 500 DM erhalten. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen von solchen Oberlehrern.

An der angestrebten Verbesserung nehmen die Oberlehrer, die 1940 erst in der Dienstaltersstufe 5500 oder in einer niedrigeren Dienstaltersstufe waren, später nicht mehr höher aufrücken konnten und vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in den Ruhestand getreten sind, nicht teil. Es handelt sich hierbei nur um die (höchstens insgesamt) 11 Fälle, die im Jahre 1940 noch nicht im Endgrundgehalt waren (vgl. Übersicht Seite 3). Möglicherweise sind dann aber einige noch später als Hauptlehrer oder Direktoren in höhere Besoldungsgruppen aufgerückt. Soweit dies nicht der Fall ist, erscheint ihre Berücksichtigung im Rahmen dieses Gesetzes nicht möglich, da es nach allgemeinen versorgungsrechtlichen Grundsätzen nicht vertreten werden kann, der Berechnung des Ruhegehalts Bezüge zu Grunde zu legen, die nicht in der aktiven Dienstzeit verdient worden sind.

Zu § 3 ist mit folgendem jährlichen Mehraufwand zu rechnen: 786 ehemalige bayerische Oberlehrer, die bereits die letzte Dienstaltersstufe erreicht hatten und sich jetzt im Ruhestand befinden, wobei das Ruhegehalt errechnet wurde nach den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen von 5000 DM und einer persönlichen ruhegehaltfähigen Ausgleichszulage von 500 DM.

786 à 225 DM =	176 850 DM
240 Witwen von ehem. bayer. Oberlehrern à 135 DM =	32 400 DM
Gesamtsumme:	<u>209 250 DM.</u>

Der vorstehende Gesamtbetrag von 209 250 DM stellt den höchstmöglichen Mehraufwand dar. Er wird wahrscheinlich nicht erreicht, weil in Auswirkung der Entnazifizierungs-Gesetzgebung Minderungen der normalen Versorgungsbezüge für vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 (GVBl. S. 145) betroffene Versorgungsempfänger zur Anwendung kommen. Die Versorgungsbezüge sollen erst „vom Inkrafttreten des Gesetzes an“ neu berechnet werden. Nachzahlungen für die Vergangenheit finden also nicht statt.

4. Zu § 4

§ 4 enthält die Ermächtigung an das bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus, im Einvernehmen mit dem bayer. Staatsministerium der Finanzen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Es wird sich vor allem um die Überleitung im einzelnen, die Festsetzung des Besoldungsdienstalters und die Regelung von sonstigen besoldungs- und versorgungstechnischen Einzelfragen handeln.

Durch die Ausführungsbestimmungen soll auch geregelt werden, daß die Beförderungsgrenze der Vollenendung des 62. Lebensjahres (vgl. § 14 der Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und Landesbeamten vom 14. Oktober 1936 — RGBl. I S. 893 — in Verbindung mit der ME. des Bayer. Ministerpräsidenten vom 7. Februar 1946 Nr. V 3968 — I 27) für eine bestimmte Übergangszeit der Beförderung von Lehrern zu Oberlehrern (§ 1) und der Überleitung von ehemaligen Oberlehrern in ihre frühere Besoldungsgruppe (§ 2) nicht entgegensteht. Für die Fälle des § 2 läßt sich dies ohne weiteres rechtfertigen, weil es sich bei ihnen nicht um eine echte Beförderung, sondern nur um die Rückkehr in die frühere Besoldungsgruppe handelt. In den letzten 3 Jahrgängen der aktiven Volksschullehrer befinden sich aber noch solche, die vor dem 31. März 1940 nicht mehr zu Oberlehrern ernannt worden waren, die

es aber nach Maßgabe ihrer Qualifikation auf Grund des Oberlehrergesetzes werden könnten. Wenn für sie die Beförderungsgrenze nicht aufgehoben wird, würden sie der mit diesem Gesetz angestrebten Wiederherstellung der Beförderungsstufe des Oberlehrers nicht teilhaftig werden. Da nach § 99 Abs. 2 des Bayer. Beamtengesetzes vom 28. Oktober 1946 (GVBl. S. 349) die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Beförderungsgrenze nur errechnet werden, wenn die Beamten sie mindestens 1 Jahr innegehabt haben, wäre daran zu denken, daß die Beförderungsgrenze für Beförderungen nach diesem Gesetze auf das vollendete 64. Lebensjahr festgesetzt wird.

Durch die Ausführungsbestimmungen wird auch klarzustellen sein, daß diejenigen Minderungen von Dienst- und Versorgungsbezügen, die sich aus der Entnazifizierungsgesetzgebung ergeben (vgl. jetzt Bundesgesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 — BGBl. I S. 307 — und Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffenen Angehörigen des öffentlichen Dienstes und ihrer Hinterbliebenen vom Beilage zur FM-Note vom 3. Juli 1951 Nr. I 68290 — Art. 131 Gen. —) auf den durch den vorliegenden Gesetzentwurf behandelten Personenkreis — wie auf alle übrigen entnazifizierten Beamten, Wartegeld- oder Ruhegehalttempfänger und Hinterbliebenen — zur Anwendung kommen.

5. Zu § 5

Es wird angestrebt, daß das Gesetz baldmöglichst in Kraft treten kann. Der Besoldungsmehraufwand ist bei der Aufstellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951 berücksichtigt worden.

*

Abdruck

Alfred Hartmann
Staatssekretär des
Bundesministeriums
der Finanzen

B o n n, den 1. August 1951

An den
Herrn Bayerischen Staatsminister
für Unterricht und Kultus
M ü n c h e n

Die Frage der Wiederherstellung der Beförderungsgrenze der Oberlehrer als Klassenlehrer an den Volksschulen ist am 17. Juli 1951 mit dem Sachverständigenausschuß der Länder für Besoldungsfragen und mit Vertretern einiger Bundesressorts eingehend erörtert worden.

Wie Herr Bundesminister Schäffer Ihnen bereits in der Zwischennachricht vom 30. März 1951 mitgeteilt hat, läßt sich die Altersbeförderung leider nicht gesondert für die bayerischen Volksschullehrer einführen. Sie würde auch von den Volksschullehrern in den anderen Ländern des Bundesgebiets gefordert werden. Ich habe zudem den schriftlichen Äußerungen der einzelnen Länder zu der in Bayern geplanten Maßnahme und den Erklärungen der Mitglieder des Sachverständigenausschusses entnehmen müssen, daß die in Bayern für notwendig gehaltene Altersbeförderung der Volksschullehrer von den anderen Ländern nicht als vordringlich angesehen,

z. T. sogar abgelehnt wird. In einigen Ländern stehen wieder andere Fragen der Lehrerbesoldung im Vordergrund, z. B. die Heraushebung der Direktoren und die Besserstellung der Hilfsschullehrer. Würde Bayern jetzt die Altersbeförderung bei den Volksschullehrern wieder einführen, so würden die anderen Länder, die bisher zur Wahrung der Einheitlichkeit der Besoldung alle Änderungswünsche bis zur allgemeinen Besoldungsreform zurückgestellt haben, genötigt sein, ebenfalls vorweg die dort dringlich erscheinenden Veränderungen auf dem Gebiet der Lehrerbesoldung vorzunehmen. Solche Folgerungen sind mir bereits angekündigt. Die nur mit großen Schwierigkeiten erreichte Einheitlichkeit auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung, zumal auch der Lehrerbesoldung, würde damit wieder beseitigt sein.

Die geplante Altersbeförderung könnte nicht auf die Volksschullehrer beschränkt bleiben, müßte vielmehr auch anderen Beamtengruppen zuteil werden. Entsprechende Forderungen liegen bereits für die Richter vor. Die Frage hat damit eine über Bayern hinausgehende allgemeine Bedeutung. Sie berührt wesentliche Grundsätze des Beamten- und Besoldungsrechts, das in seiner jetzigen Gestalt eine Altersbeförderung nicht kennt. Über eine Reform dieser Grundsätze wird bei der bereits in Angriff genommenen grundlegenden Neuordnung der Besoldung entschieden werden müssen. Es erscheint mir daher zur Zeit nicht angängig, über wesentliche Einzelfragen vorweg zu entscheiden.

Ich darf außerdem darauf hinweisen, daß der Bund genötigt ist, zur Sicherstellung der Einheitlichkeit auf dem Gebiete des Besoldungsrechts nach Artikel 75 und 72 des Grundgesetzes für die Besoldung der Länder- und Gemeindebeamten Rahmenvorschriften zu erlassen. Das wird im Zusammenhang mit der Neuordnung der Besoldung geschehen. Schon jetzt ist in dem zur Zeit dem Bundestag vorliegenden Ersten Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts eine Rahmenvorschrift vorgesehen, nach der die Bezüge der Bundesbeamten Höchstbeträge für die Bemessung der Bezüge der entsprechenden und gleichzubewertenden Landes- und Gemeindebeamten sind. Das wird u. a. zur Folge haben, daß die Besoldung der Volksschullehrer einstweilen nicht günstiger als in der zur Zeit noch geltenden Reichsbesoldungsordnung geregelt werden kann. Die Rahmenvorschrift soll mit Billigung des Bundesrats Rückwirkung vom 1. April 1951 ab haben. Es würde sich dann die Notwendigkeit ergeben können, eine im Widerspruch zu dieser Rahmenvorschrift stehende Regelung rückgängig zu machen. Überdies stellen die Angleichungsvorschriften des Kapitels VIII des Beamtenrechtsänderungsgesetzes vom 30. Juni 1953 (RGBl. I S. 433) nach der

übereinstimmenden Auffassung der Mitglieder des Sachverständigenausschusses und auch der kommunalen Spitzenverbände nach wie vor noch geltendes Recht dar.

Der Hinweis in Ihrem Schreiben vom 30. Juni 1951, daß im Ministerium eine Altersbeförderung in der Weise üblich sei, daß einem Referenten zunächst eine Stelle der Besoldungsgruppe A 2 b oder A 1 b und später bei gleichbleibenden Aufgaben eine Stelle der Besoldungsgruppe A 1 a übertragen werde, scheint mir eine solche Übung nicht zutreffend zu werten. Es handelt sich hierbei, soweit etwa die Bundesverwaltungen in Betracht kommen, nicht um eine Altersbeförderung bei gleichbleibenden Aufgaben. Die Beförderung setzt vielmehr auch hier grundsätzlich einen erweiterten Aufgabenkreis und größere Verantwortung voraus. Ausnahmsweise kann es wohl vorkommen, daß eine mit A 1 a bewertete Referentenstelle zunächst unterbesetzt wird, etwa weil die Reichsgrundsätze die sofortige Einweisung des Referenten in eine Stelle der Besoldungsgruppe A 1 a noch nicht gestatten oder weil ein Bewerber noch seine uneingeschränkte Eignung erweisen muß.

Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses und die Vertreter der beteiligten Bundesressorts waren in der Besprechung einmütig der Auffassung, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt vermieden werden müsse, in einem Lande Maßnahmen zu treffen, die die Einheitlichkeit des Besoldungsrechts stören. Diese Stellungnahme wird, wie aus dem Schriftwechsel der Länder mit dem bayer. Finanzministerium hervorgeht, von allen übrigen Ländern geteilt. Auch ich halte die Zurückstellung für unumgänglich notwendig. Ich werde es mir angelegen sein lassen, bei den Vorarbeiten für die Besoldungsreform die Fachressorts der einzelnen Länder (u. a. die für Kultus und Unterricht) bald zu gemeinsamen Besprechungen hierher einzuladen, auf denen die Änderungswünsche erörtert und befriedigende Lösungen erarbeitet werden sollen. Dabei wird auch Gelegenheit gegeben sein, die Wünsche der bayerischen Volksschullehrer nachdrücklich zu vertreten.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, diesen Ausführungen Verständnis entgegenzubringen und die beabsichtigte Regelung für die bayerischen Volksschullehrer dementsprechend bis zur Besoldungsreform zurückzustellen.

Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn bayerischen Staatsminister der Finanzen sowie den Herren Finanzministern und Finanzsenatoren der übrigen Länder übersandt.

(gez.) **Hartmann**